



Wiesbaden, 30. Mai 2012

10-Punkte-Programm für den U3-Ausbau

Bettina M. Wiesmann: „Ausbau der U3-Betreuung kommt voran – 10-Punkte-Programm der Bundesregierung gibt wichtigen Anstoß“

„Nur wenn Bund, Länder und die Kommunen an einem Strang ziehen, kann es gelingen, den U3-Ausbau zügig voranzubringen. Hierfür ist das heute vorgestellte Programm von Bundesministerin Schröder ein weiterer wichtiger Schritt“, betonte die familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Bettina M. Wiesmann, anlässlich der Vorstellung des 10-Punkte-Programms für die U3-Betreuung in Berlin.

„Mit einem Versorgungsgrad von mittlerweile 30 Prozent ist Hessen bereits auf einem guten Weg. Der jetzt vorgelegte 10-Punkte-Plan des Bundes unterstützt unsere Anstrengungen noch zusätzlich. Die Möglichkeit, Tageseltern fest anzustellen, wird die Tagespflege stärken, und auch die Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte dient dem schnellen Ausbau. Darüber hinaus begrüßen wir die Bereitstellung von zinsgünstigen KfW-Krediten für die Kommunen“, erklärte die CDU-Politikerin.

Hessen habe selbst ein zusätzliches Landesinvestitionsprogramm in Höhe von 30,6 Millionen Euro aufgelegt, um den U3-Ausbau schnell voranzubringen, fügte Wiesmann hinzu. „Hier wäre es hilfreich, wenn auch der Bund noch einmal zusätzliche Mittel investieren könnte. Unser Ziel, den Rechtsanspruch zum August 2013 umzusetzen, werden wir nur gemeinsam erreichen. Das jetzt vorgelegte Programm weist in diese Richtung“, unterstrich Wiesmann.

Gemeinsam mit der Einführung des Betreuungsgeldes diene der Ausbau der U3-Betreuung dazu, Eltern echte Wahlfreiheit einzuräumen, führte die Familienpolitikerin aus. „Wir Hessen haben bereits einen konkreten Vorschlag zur Ausgestaltung des Betreuungsgeldes als Elterngeld II vorgelegt. Auch

dieses muss in unseren Augen flexibel gestaltet werden, um den Eltern möglichst große Freiräume für die Gestaltung des Familienalltags zu geben. Wir möchten den Eltern keine Vorschriften machen, ob sie eine außerfamiliäre Kinderbetreuung nutzen oder nicht. Eltern sollen wählen können, ob sie das Betreuungsgeld über zwei Jahre oder – dann in doppelter Höhe – nur im zweiten Lebensjahr ihres Kindes in Anspruch nehmen wollen. Sie sollen lediglich vorübergehend beruflich etwas kürzer treten.“ Beide Vorhaben, Ausbau der Infrastruktur und Einführung des Betreuungsgeldes, so Wiesmann, gehörten zusammen. „Jetzt gilt es, in beiderlei Hinsicht rasch Fortschritte zu erzielen, um Eltern zusätzliche Spielräume zu verschaffen, sie in ihrer Verantwortung zu stärken und Deutschland als Familienland weiter voranzubringen“, fasste Wiesmann zusammen.